

Manie der Unverwundbarkeit

Amerikas Raketenpläne untergraben die Fundamente globaler Sicherheit

Am 23. März 1983 elektrisierte eine dramatische Rede die politische Welt. Der damalige amerikanische Präsident Reagan verkündete sein ehrgeiziges neues Rüstungsvorhaben. Die strategische Verteidigungsinitiative (*Strategic Defence Initiative, SDI*) bezweckte, einen undurchdringlichen Schutzschirm gegen ballistische Fernwaffen über das Territorium der Vereinigten Staaten zu spannen. Es war die Zeit des Tauziehens um die sogenannte Nachrüstung der Mittelstreckenraketen. Die Beziehungen zwischen den Supermächten verharrten in feindseliger Vereisung. In den Strudel der polarisierten öffentlichen Meinung geriet sogleich auch das SDI-Projekt. Die Befürworter beschworen die Chance eines Ausstiegs aus dem inhumanen Poker nuklearer Abschreckung. Die Kritiker witterten Washingtons Griff nach der atomaren Weltherrschaft.

Die unpolitischen unter den Zeitgenossen hingegen faszinierten mehr die *science-fiction*-Aspekte des Programms. Hätten die elektronischen Ortungs- und Feuerleitsysteme doch im Weltraum stationiert werden müssen, vielleicht sogar die Abfangraketen selbst. Eine technologisch neue Dimension der Rüstungsrivalität schien sich aufzutun. Kampfsatelliten, vollgestopft mit Sensoren, Rechnern und Waffen, wären über unseren Köpfen in Stellung gegangen. Aber der "Krieg der Sterne" fand nicht statt. Zweifel an der Realisierbarkeit der Pläne zu vertretbaren Kosten dämpften die Begeisterung, und das Hinscheiden der Sowjetunion entzog dem Projekt die strategische Begründung. Unter Präsident Clinton verschwand es sang- und klanglos in der Versenkung. Zwanzig Milliarden Dollar für Forschung und Entwicklung waren in den Sand gesetzt.

Daß die Raketenabwehr-idee nun auf die politische Agenda zurückgekehrt ist, läßt sich mit sicherheitspolitischen Gründen schwer erklären. Eine akute und aktuelle militärische Bedrohung der Vereinigten Staaten wird von niemandem behauptet. Im Gegenteil profitieren die USA in gleicher Weise von der Beendigung des Ost-West-Konflikts wie alle übrigen ehemaligen Protagonisten der

einst globalen Konfrontation auch: Ihre Sicherheitslage hat sich signifikant verbessert. Die zu Hochzeiten des Kalten Krieges allgegenwärtige Furcht vor einem nuklearen Kräftemessen gehört der Vergangenheit an.

Natürlich bietet ein Zustand relativer Entspannung keine perfekte Gewähr absoluter Sicherheit. Für alle Zeit ausschließen läßt sich kaum, daß ein ballistischer Flugkörper je amerikanisches Territorium ansteuert. Er könnte theoretisch einer der vier außeramerikanischen Atommächte gehören, die schon heute über Trägersysteme interkontinentaler Reichweite verfügen, oder auch aus einem Land stammen, das die benötigte Technologie nicht besitzt, aber in der Lage wäre, sie sich zuzulegen. Auf diese bloße Eventualität bauen die USA ihre Abwehrplanung. So zieht z.B. der Rumsfeld-Bericht von 1998, der die neue Debatte anstieß, den Schluß, daß Staaten wie Iran oder Nordkorea binnen fünf Jahren die Fähigkeit erwerben könnten, amerikanische Ziele mit Langstreckenraketen anzugreifen, "falls sie die Entscheidung dazu trafen". Der Konjunktiv setzt den Akzent. Offenbar gilt es, einer Verschwörung entgegenzutreten, noch ehe sie den Verschwörern in den Sinn gekommen ist.

Derzeit sieht Washington den stufenweisen Aufbau eines nationalen Verteidigungsschirms (*National Missile Defence*, NMD) vor. Die ersten 20 Abfangraketen sollen 2003 stationiert werden und bis 2011 auf 250 Systeme anwachsen. Der strategische Auftrag wird eher bescheiden umschrieben. Anders als bei SDI geht es nicht um den Schutz vor einer Großoffensive mit Massenvernichtungswaffen, wie sie nur von einer der atomaren Hauptmächte ausgehen könnte, sondern um die Abwehr einer begrenzten Anzahl einfliegender Raketen aus Ländern mit gering entwickelter Trägerkapazität. Diese Einschränkung soll die politische Stoßrichtung des Vorhabens verdeutlichen. Im Visier liegen die sogenannten "Schurkenstaaten" - Iran, Irak, Nordkorea - nicht jedoch Rußland oder China, deren Sicherheit, soweit sie auf nuklearer Abschreckungsfähigkeit beruht, angeblich nicht beeinträchtigt werde. Wenn das Argument bislang weder in Moskau noch in Peking zu überzeugen vermochte, so spricht dafür ein triftiger Grund.

Ein Konsens wird gekündigt

Zwar richtet sich das nationale Abwehrsystem im jetzigen Planungsstand nur gegen ein niedrig veranschlagtes Risiko, soll aber gleichwohl flächendeckend wirken, d.h. das gesamte amerikanische Staatsgebiet beschirmen. Damit widerspricht es dem Verbot einer landesweiten Raketenverteidigung.

Im ABM-Vertrag von 1972 haben sich Washington und Moskau darauf verständigt. Der Vertrag müßte außer Kraft treten, ehe in Alaska und Dakota die ersten Abfangwaffen stationiert werden könnten. Bislang widersetzt sich Rußland diesem Ansinnen. Es kann sich darauf berufen, mit dem gegenseitigen Verzicht auf die umfassende Raketenabwehr ein Prinzip zu verteidigen, das seit Jahrzehnten als Garant strategischer Stabilität und als tragender Pfeiler des engen Netzwerks nuklearer Rüstungskontrolle gilt.

Man muß sich in die Zeit des längst überwunden geglaubten Systemkonflikts zurückversetzen, um die der kalten Logik des Abschreckungsdenkens entstammenden Argumente zu verstehen. Sicherheit beruhte auf dem Gleichgewicht, sich gegenseitig in Schach haltender Vernichtungspotentiale. Ausschlaggebend für das Gleichgewicht war die Aufrechterhaltung intakter Zweitschlagfähigkeiten. D.h. beide Supermächte konnten - selbst nachdem sie Opfer eines verheerenden Kernwaffenüberfalls geworden wären - noch einen Vergeltungsangriff gleicher Stärke führen. Ein tatsächlicher Waffeneinsatz machte folglich keinen Sinn. Er hätte den eigenen Untergang heraufbeschworen. In einer gängigen Pointierung: Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter. Einseitige Schritte, die das Abschreckungsgleichgewicht empfindlich stören konnten, waren tunlichst zu unterlassen. Darüber herrschte ein stillschweigender Konsens zwischen den Kontrahenten. Im Fall der Raketenabwehr wurde er sogar in einen förmlichen Vertrag gegossen.

Wie schon das SDI-Projekt der achtziger Jahre, so kündigt auch die schlankere Neuauflage von heute den strategischen Nuklearkonsens auf. Ronald Reagan setzte seine Vision von der Unverwundbarkeit Amerikas dagegen: "Was wäre, wenn freie Menschen sicher leben könnten in dem Wissen, daß ihre Sicherheit nicht von der Drohung einer sofortigen amerikanischen Vergeltung abhängen würde, um einen sowjetischen Angriff abzuwehren; daß wir strategische Raketen abfangen und vernichten könnten, bevor sie unseren eigenen Boden erreichten." Die Botschaft besticht in ihrer einleuchtenden Schlichtheit. Selbst prinzipielle Kritiker der Abschreckung können ihr etwas abgewinnen: Erstmals im Kernwaffenzeitalter würde die Androhung des Massentötens als Mittel der Friedenssicherung technisch ersetzbar, die Zivilbevölkerung entkäme ihrer Geiselrolle.

Wäre da nicht noch ein Pferdefuß. Eine funktionstüchtige Raketenabwehr nimmt ja der Macht, die sie erlangt, die vorhandene Angriffsrüstung nicht aus der Hand. Verändert hätte sich nur deren strategische Mission. Nunmehr risikolos einsetzbar, würde eben dieser Umstand den wirklichen

Einsatz erübrigen, weil die Nutzung als diplomatisches Druckmittel die ungleich vorteilhaftere Verwendung wäre. Der Staat, der das Abschreckungsgleichgewicht umstößt und das Drohmonopol an sich reißt, kann fortan seinen politischen Willen diktieren, Gegnern wie Freunden. Aus Frieden auf Gegenseitigkeit würde Frieden zu seinen Bedingungen, den Bedingungen des Stärkeren: die Institutionalisierung des Faustrechts.

Deshalb ist es wenig wahrscheinlich, daß Moskau untätig zusieht, wenn Washington sich hinter einem Schutzwall verschanzt und auf diese Weise die russische Raketenbewaffnung, das letzte verbliebene Statussymbol der einstigen Supermacht, sicherheitspolitisch entwertet. Der Beteuerung, nur ein kleines Projekt gegen zweitklassige Kontrahenten ins Auge zu fassen, schenkt die Moskauer Führung keinen Glauben. Was heute amtliche Politik ist, muß es morgen nicht bleiben. Schon der nächste Präsident im Weißen Haus kann sich anders entscheiden.

Den Prüfstein bildet das Schicksal des ABM-Vertrags. Sollte das Stationierungsverbot fallen, fällt auch die Geschäftsgrundlage aller bisher erzielten Vereinbarungen zur nuklearen Abrüstung. Die Duma hat dieses Junktim anlässlich der START-II-Ratifizierung im vergangenen Frühjahr ausdrücklich bekräftigt. Die NMD-Planung mit einem eigenen milliardenschweren Defensivprogramm zu kontern, überfordert vermutlich die russische Wirtschaftskraft. Dennoch wäre das Land nicht zur passiven Duldung verurteilt. Als kostengünstigere Alternative böte sich die Aufstockung der vorhandenen Offensivwaffenbestände an. Das Ziel wäre die Neutralisierung des amerikanischen Verteidigungsschirms durch Überlastung.

Bedrohungsanalyse mit blinden Flecken

Neben der NMD-Initiative treibt Washington die älteren Bemühungen um die Installation verschiedener regionaler Raketenabwehrsysteme (*Theater Missile Defence*, TMD) voran. Kräftige Mittelzuweisungen haben ihnen in den letzten Monaten neue Schubkraft verliehen. TMD ist die Sammelbezeichnung für Vorrichtungen, die ballistische Flugkörper kurzer bis mittlerer Reichweite im Anflug aufspüren, treffen und unschädlich machen können. Sie sind nicht zum Schutz des Mutterlandes bestimmt, sondern sollen die Sicherheit amerikanischer Militärbasen und Truppen in Übersee gewährleisten. Zugleich werden sie als Sicherheitsmaßnahmen auch für verbündete und

befreundete Staaten propagiert - Japan, Südkorea, Taiwan in Ostasien, die Ölmonarchien und Israel im Mittleren Osten sowie die europäischen NATO-Alliierten.

Die Clinton-Administration hat die TMD-Projekte bisher als Herzstück ihrer Politik der *counterproliferation* betrachtet. *Counterproliferation* meint den Versuch, der Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen aktiv und erforderlichenfalls auch mit Zwangsmitteln entgegenzuwirken. Dabei sind die USA auf die Kooperation - und Mitfinanzierung - regionaler Partner angewiesen. Diese gilt es zu gewinnen, d.h. die künftigen Nutznießer regionaler Raketenabwehrsysteme müssen zunächst einmal davon überzeugt werden, daß sie einer realen Bedrohung durch Raketenwaffen dritter Staaten ausgesetzt sind. Wer aber sind diese Dritten? Welche Fähigkeiten weisen sie auf? Verfügen sie über die technischen Voraussetzungen, Massenvernichtungswaffen herzustellen und einzusetzen? Welche politischen Absichten verfolgen sie? Geht von ihnen eine ernstzunehmende militärische Gefahr aus? Was hat ihnen die Etikettierung als "Schurkenstaaten" eingetragen?

Jede dieser Fragen gehört in die seriöse Lageanalyse, die einer politischen Entscheidung vorangehen muß. Keine Lageanalyse kann jedoch zu einem seriösen Ergebnis führen, die sich auf diese Fragen beschränkt. Bedrohungen entspringen kaum je einer einzelnen Ursache. Sie sind das Produkt sich wechselseitig beeinflussender Motive, Interessen und Optionen. Die Rolle keines Akteurs darf in der Beurteilung einer Bedrohungskonstellation fehlen, am wenigsten die der gewichtigen oder gar überlegenen Mächte. Es ist erklärte Politik der Vereinigten Staaten, ihre politischen Ziele weltweit mit militärischen Mitteln zu unterstützen. Vier Länder haben in den beiden vergangenen Jahren zu spüren bekommen, daß es sich nicht um leere Rhetorik handelt: Afghanistan, Sudan, Irak, Jugoslawien. Sie wurden Ziel militärischer Operationen aus der Luft. Es wäre ganz unverständlich, wenn diese und andere denkbaren Interventionsopfer darin keinen Anreiz sähen, sich gewaltsamen Strafaktionen nach Möglichkeit aus eigener Kraft erwehren zu können.

Zu welchen Einsichten potentiell Betroffene gelangen müssen, veranschaulicht noch deutlicher das jüngste Kriegsgeschehen in Europa. Gerade hatte die Kosovo-Intervention der NATO geendet, als zweitausend Kilometer östlich der Tschetschenien-Krieg Rußlands begann. Dort sprang Moskau weit rabiater mit seiner abspaltungswilligen Provinz um und verletzte unverblümter grundlegende Menschenrechte, als es Belgrad im Kosovo gewagt hatte. Im einen Fall antwortete der Westen mit Bomben und Raketen, im anderen Fall mit dringlichen Ermahnungen. Wenn die unterschiedlichen

Reaktionen nicht der Unterschiedlichkeit der Herausforderungen entsprachen, können sie nur mit der unterschiedlichen Machtfülle der Herausforderer erklärt werden.

Ein drittes Beispiel verdient Erwähnung: das neue Strategiekonzept der NATO vom Frühjahr 1999. Im Vorfeld trugen der deutsche Außenminister und seine amerikanische Amtskollegin eine kurze, aber heftige Kontroverse aus. Anlaß war die Option des Ersteinsatzes von Kernwaffen. Der Deutsche forderte die Streichung, die Amerikanerin bestand auf Beibehaltung. Sie setzte sich durch. Bleibt das Rätsel: Wie kann man Staaten, die keine Kernwaffen besitzen, davon überzeugen, sie auch nicht zu benötigen, wenn ein Militärbündnis mit Atommächten in seiner Mitte behauptet, zur eigenen Sicherheit sehr wohl auf solche Waffen angewiesen zu sein, und - mehr noch - sich das Recht vorbehält, sie als erster einzusetzen?

Kein ebenbürtiger Gegner in Sicht

Die Welt per Knopfdruck in Schutt und Asche legen kann nur eine Handvoll Staaten. Das versteht sich nicht von selbst. Seit Hiroshima treibt die Menschen die Sorge um, die apokalyptische Technologie könnte sich unkontrolliert über den ganzen Erdball ausbreiten. Mit künftig zwanzig bis dreißig Atommächten wurde noch in den sechziger Jahren gerechnet. Die Befürchtung ist nicht eingetreten. Bis heute haben 187 Länder den Sperrvertrag unterzeichnet, der sie verpflichtet, den Kreis der Kernwaffenbesitzer nicht zu vergrößern. Das ist fast die gesamte Staatenwelt und bescheinigt der internationalen Nichtverbreitungspolitik einen außerordentlichen Erfolg. Nur drei Ausreißer sind durch die Maschen geschlüpft: Indien, Pakistan, Israel. Sie blieben dem Vertragsregime fern und haben sich als "inoffizielle" Kernwaffenstaaten etabliert. Sollten sie am Ende mit ihrer Wahl Recht behalten?

Jedenfalls haben es alle Staaten, die nicht zum Westen zählen, mit einem grundlegend veränderten Kräfteverhältnis zu tun. Die weltweiten Militärausgaben - jährlich rund 800 Milliarden Dollar - gliedern sich grob in drei annähernd gleiche Teile. Ein Drittel wenden die Vereinigten Staaten auf. Das zweite Drittel entfällt auf die übrigen NATO-Mitglieder. In das verbleibende Drittel teilt sich der Rest der Welt - darunter Rußland, Amerikas globaler Widerpart von einst, China und Indien, die bevölkerungsreichsten Länder der Erde, sowie die wohlhabenden Golf-Anrainer, die einen beträchtlichen Teil ihrer Öleinkünfte in die Rüstung stecken. Bei den Ausgaben für militärische

Forschung und Entwicklung liegt der NATO-Anteil mit neunzig Prozent sogar noch höher, wovon wiederum die USA allein zwei Drittel bestreiten.

Zehn Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist ein halbwegs ebenbürtiger Gegner nicht in Sicht. Der Westen und allen voran seine amerikanische Führungsmacht erfreuen sich eines so erdrückenden militärischen Übergewichts, daß jeder weitere Rüstungsschub keinen Zuwachs an Sicherheit mehr verspricht. Die Rechtfertigung neuer Waffenentwicklungen mit Sicherheitsgründen verliert folglich an Glaubwürdigkeit. Das ordnungspolitische Konzept der „freien Hand“ zur Durchsetzung eigener Interessen muß die Lücke füllen. In 19 Ländern betreiben die USA militärische Einrichtungen und halten ständig Truppen stationiert. Zur Verteidigung der Vereinigten Staaten werden sie nicht gebraucht. Für die Staaten jedoch, gegen die sie gedacht sind, liegt das Sicherheitsproblem auf der Hand.

So folgt der aktuelle Raketenpoker den klassischen Regeln der Rüstungsspirale. Washington möchte seine überseeischen Basen schützen, um von dort aus noch gefahrloser agieren zu können. Die Regierungen im Fadenkreuz der USA haben allen Grund zu überlegen, wie sie solchen Operationen am wirksamsten entgehen. Rüstung und Gegenrüstung - eine der anderen Alibi. Mit dem feinen Unterschied: Militärische Verteidigung ist ein Grundrecht des Völkerrechts, militärische Interventionen sind es nicht.

Quelle: Zeitzeichen - Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft 10/2000, S. 14-17.